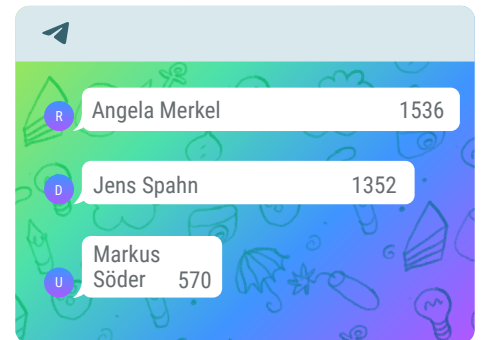




Digitale Gewalt wird in politischen Entscheidungsprozessen zunehmend eingesetzt, um den politischen Gegner einzuschüchtern und die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Woher die Gewalt kommt, ob sie organisiert oder spontan passiert und wer wieviel Gewalt erfährt, ist nur selten transparent. HateAid führt daher im Vorfeld der Bundestagswahlen eine Reihe von Datenrecherchen zu Spitzenpolitiker*innen sowie Kommunal- und Landespolitiker*innen durch. Die ersten Ergebnisse:

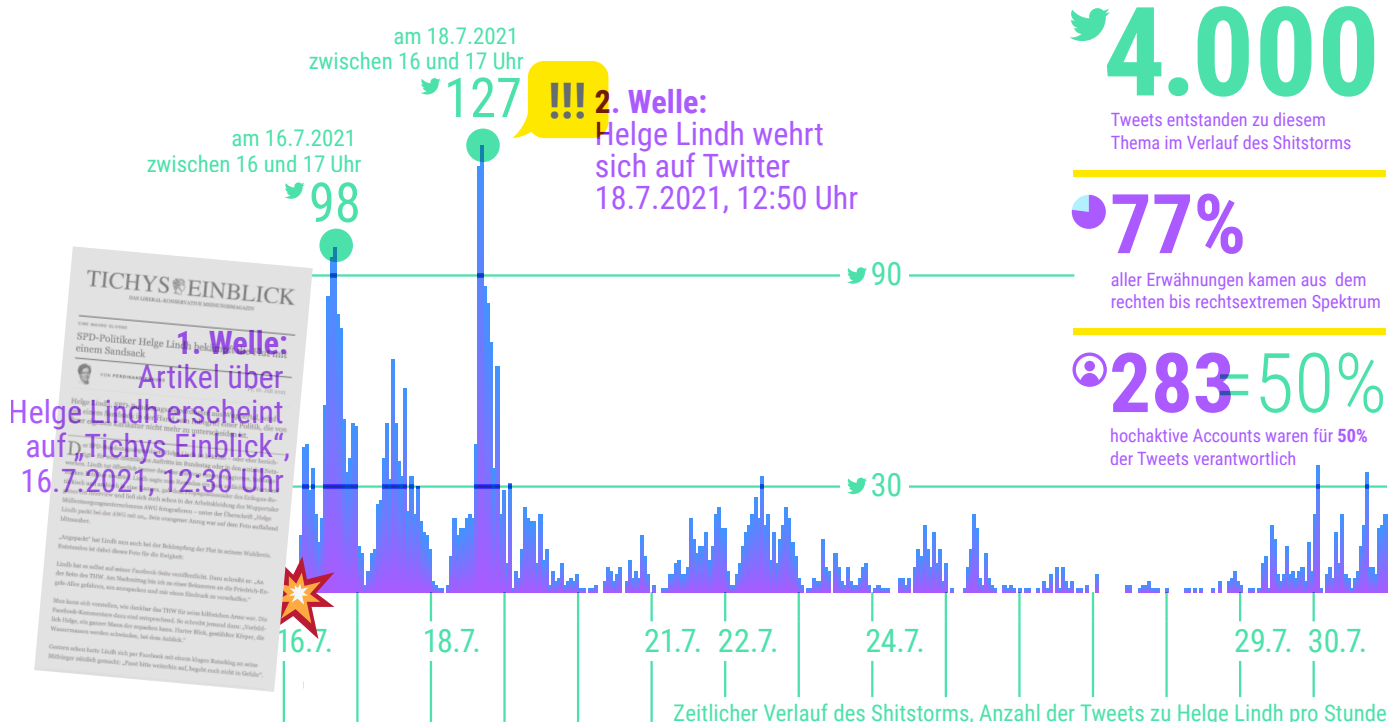


³ Zeitraum 19.08.-26.08.2021, Erwähnungen im Kontext von Sprache, die gemäß Perspective API mit einer Wahrscheinlichkeit von mindestens 85% hasserfüllt/beleidigend ist



Case Study: Der Fall Helge Lindh

Wie schnell sich ein Shitstorm entwickelt und welche Ausmaße er annehmen kann, zeigt das jüngste Beispiel des SPD-Politikers Helge Lindh. Seit Ende 2020 ist er Klient bei HateAid. Er hat bereits seit Jahren mit Beleidigungen und Beschimpfungen im Netz zu tun – im Extremfall sogar mit Morddrohungen. Im Rahmen der Datenrecherche haben wir uns die jüngsten digitalen Angriffswellen auf den Bundestagsabgeordneten angesehen, die im Juli 2021 auf Twitter stattfanden.



Anlass der Angriffe war die Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Hessen. Helge Lindh, selbst aus Wuppertal, unterstützte die Einsatzkräfte – wie viele andere Freiwillige auch – vor Ort und kommunizierte dies auch auf seinen Profilen in den sozialen Netzwerken. Darauf folgten erste verächtliche Reaktionen im Netz.

Am 16. Juli 2021 erschien schließlich ein Beitrag über Herrn Lindh auf der Plattform „Tichys Einblick“¹ in dem sein Engagement im Rahmen der Flutkatastrophe diskreditiert wurde. Um 14:23 Uhr wurde dieser Artikel von @TichysEinblick auch bei Twitter geteilt. Kurz darauf steigerte sich die Anzahl der Tweets zu Helge Lindh auf der Plattform erheblich: In der Stunde zwischen 12 und 13 Uhr waren es nur 21 Erwähnungen und am Nachmittag bereits bis zu 98 Tweets pro Stunde. Insgesamt: 924 Kommentare an nur einem einzigen Tag.

Zwei Tage später, am 18. Juli 2021, reagierte Helge Lindh auf Twitter mit einem eigenen Post auf die Angriffe und verurteilte diese. Hierauf folgte umgehend die nächste Welle von Kommentaren mit bis zu 127 Tweets pro Stunde. Auch in den folgenden Tagen kam es immer wieder zu kleineren Wellen (s. Abbildung).

Die Auswertung der Daten zeigt insgesamt:

- **Rund 50 Prozent der etwa 4.000 Tweets und Retweets in diesem Shitstorm stammten von nur 283 hochaktiven Accounts.**
- **77 Prozent der Tweets** zu Helge Lindh in diesem Zeitraum stammten aus einem rechten bis rechtsextremen Spektrum auf der Plattform.
- **Der Shitstorm wurde dabei zu weiten Teilen von den Communities von Roland Tichy, Boris Reitschuster und Beatrix von Storch angetrieben:** 54 Prozent der Tweets kamen von Accounts, die zuvor regelmäßig Inhalte von @RolandTichy, 50 Prozent von Accounts, die zuvor die Inhalte von @reitschuster und 47 Prozent von Accounts, die zuvor Inhalte von @Beatrix_vStorch teilten.

„Diese Analyse zeigt, dass eine kleine Gruppe für überproportional viel Hass in den sozialen Netzwerken sorgt. Das ist leider keine Ausnahme: Vor allem Täter*innen aus dem rechten bis rechtsextremen Spektrum nutzen das Internet strategisch, um politische Gegner*innen mundtot zu machen“, so Anna-Lena von Hodenberg, Geschäftsführerin von HateAid.

¹ Tichys Einblick, „SPD-Politiker Helge Lindh bekämpft die Flut mit einem Sandsack“, 16.07.2021, URL: <https://www.tichyseinblick.de/feuilleton/glosse/helge-lindh-sandsack/>



„Wegducken ist keine Option“

Herr Lindh, Sie werden bereits seit einigen Jahren immer wieder sowohl analog als auch digital attackiert, beleidigt und bedroht. Wie gehen Sie damit um?

Ich habe von Anfang an beschlossen, offensiv auf den Hass und die Hetze, die mir aufgrund meiner Tätigkeit entgegenschlägt, zu reagieren. Wegducken ist keine Option. Deshalb mache ich besonders drastische Drohungen, Aufrufe zur „Schlachtung“, zum Mord öffentlich. Es muss in dieser Gesellschaft einen breiten Konsens unter Demokratinnen und Demokraten geben, dass wir ein Problem mit Gewalt haben. Darüber hinaus zeige ich Drohungen und Beleidigungen konsequent an. Dabei hilft mir seit rund einem Jahr sehr intensiv HateAid, die auch dabei unterstützen, die Flut an Hasskommentaren und Nachrichten in den sozialen Netzwerken zu sichten. Man selbst verliert da schnell den Überblick.

Zuletzt kam der Hass gegen Sie aus dem rechten bis rechtsextremen Spektrum, wie unsere Datenrecherche zeigt. Woher kommt diese Verrohung des gesellschaftlichen Diskurses aus Ihrer Sicht? Ist es in den letzten Jahren schlimmer geworden?

Die sozialen Netzwerke sind sicherlich ein Grund, aber nicht allein entscheidend. Die Enthemmung manifestiert sich ja auch in der „realen Welt“, durch Anschläge auf Wahlkreis- und Ortsvereinsbüros, durch Pöbeleien auf Veranstaltungen und Co. Der Hass kommt in Wellen, es sind bestimmte Themen, die Menschen triggern, ihre Gewaltphantasien kundzutun und ihre Hetze zu verbreiten. Insgesamt ist es schlimmer geworden – gleichzeitig gehe ich aber auch offensiver mit diesem Hass um.

In Studien sehen wir, dass Hass im Netz gegen politisch engagierte Menschen leider keine Ausnahme ist. Einige von ihnen ziehen sich zurück, wollen künftig nicht mehr für ein öffentliches Amt kandidieren. Wie gelingt es Ihnen, sich nicht unterkriegen zu lassen?

Es ist fatal, dass sich Menschen aus der Politik zurückziehen oder gehemmt sind, ihre Meinungen zu äußern, weil sie bedroht werden. Das ist ein inakzeptabler Zustand. Gerade Kommunalpolitikerinnen und -politiker sind in dieser Situation oft allein. Wir brauchen Sicherheitsbehörden, die Bedrohungen als solche ernstnehmen und den Betroffenen das Gefühl geben, verstanden zu werden. Hier hat sich viel getan, es muss aber noch mehr geschehen. Organisationen wie HateAid, die ganz konkret dabei unterstützen, juristische Schritte einzuleiten und Gegenstrategien zu entwickeln, verdienen viel mehr Aufmerksamkeit und sollten gestärkt werden. Zum anderen denke ich, dass wir über diese Form der Gewalt nicht schweigen dürfen. Was am meisten hilft, ist Solidarität. Allerdings



Helge Lindh
© Christoph Busse

„Es ist fatal, dass sich Menschen aus der Politik zurückziehen oder gehemmt sind, ihre Meinungen zu äußern, weil sie bedroht werden. Das ist ein inakzeptabler Zustand.“

könnten wir alle darin noch besser werden, sehr oft ist es doch Einzelkämpfertum in den politischen Überlebenskämpfen. Noch mehr Solidarität und vor allem auch verlässliche Strukturen, Ansprechpartner, Routinen der Unterstützung täten gut. Das gilt erst recht auch für Betroffene außerhalb des politischen Betriebs.

Was müsste sich aus Ihrer Sicht langfristig politisch und gesellschaftlich ändern, damit sich Menschen in ihrem Engagement für unsere Demokratie wieder sicher fühlen können?

Konsequenterer Strafverfolgung, politische Bildung und Prävention. Strafverfolgung, weil wir die Straftaten, die im Netz begangen werden, nicht mehr so hinnehmen können. Hier muss viel mehr passieren, auch wenn das kosten- und personalintensiv ist. Politische Bildung und Prävention, weil wir verhindern müssen, dass aus Menschen Täter*innen werden und gleichzeitig auch Aufklärung auf Seite der Opfer stärken müssen: Wo kann im Fall der Fälle schnell Hilfe gefunden werden, die effektiv hilft? Ich bin sicher, dass wir hart in der Sache streiten können, ohne in Hass und Hetze zu verfallen. Außerdem brauchen wir eine Kultur der Liebe als Antwort auf die Kultur des Hasses im Digitalen und Analogen. Kultur der Liebe bedeutet im Politischen eine Kultur des harten, respektvollen, leidenschaftlichen Streitens samt Fähigkeit, die eigene Meinung und Befindlichkeit nicht absolut zu setzen.



Digitale Gewalt

Digitale Gewalt umfasst verschiedene Formen der Herabsetzung, Belästigung, Diskriminierung, sozialen Isolation und Nötigung anderer Menschen im Internet und mithilfe elektronischer Kommunikationsmittel. Dazu zählen unter anderem: Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede, Bedrohung, Erpressung, Hassrede, Cybermobbing, Cyberstalking oder das ungebetene Versenden von Dick-Pics oder Veröffentlichen privater Adressen im Netz.

Befragungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass Politiker*innen besonders betroffen sind:

57 % der Bürgermeister*innen in Deutschland wurden schon beleidigt, bedroht oder sogar körperlich angegriffen. 35 % wurden bereits in den sozialen Netzwerken beleidigt oder bedroht.¹

Parteiübergreifend sind vor allem Frauen betroffen: Rund 90 % aller weiblichen Bundestagsabgeordneten war bereits mit Hatespeech konfrontiert.²

Politiker*innen werden u. a. auf sogenannten Feindeslisten als Ziele markiert. In manchen Fällen schlägt es in analoge Gewalt um, wie der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke oder die Messerattacken auf Henriette Reker und Andreas Hollstein zeigen.

Projekt und Methodik

Die vorliegenden Datenanalysen sind Teil eines HateAid-Rechercheprojekts, das sich mit der Beeinflussung von digitalen Debatten und demokratischen Prozessen durch digitale Gewalt auseinandersetzt. Für diesen Report haben wir analysiert, wieviel und welche Formen von Hass sich in öffentlichen Tweets zu ausgewählten Spitzenpolitiker*innen findet. Zudem haben wir ausgewertet, was in einem rund 10.000 Accounts umfassenden Twitter-Ökosystem, das dem rechten bis rechtsextremen Spektrum zuzuordnen ist, über Politiker*innen geschrieben wird. Die Auswertung der Daten erfolgt automatisiert mittels Python. Die Grundlage für die Be-

wertung potenziell hasserfüllter Kommentare bilden die Perspective API von Google sowie das „Dictionary for Hate Detection“³ der Süddeutschen Zeitung, eine Wörterliste des Institute for Strategic Dialogue (ISD) und eigene Wörterlisten. Darüber hinaus haben wir rund 500 Telegram-Gruppen und -Kanäle aus dem rechten bis rechtsextremen Spektrum sowie dem Querdenken-Umfeld beobachtet. Diese sind entweder öffentlich zugänglich oder umfassen so viele Mitglieder, dass sie quasi-öffentlich sind. Daher bildet diese Datenrecherche lediglich einen Teil des Online-Diskurses ab und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

¹ Vgl. forsa (2021): Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker*innen. Einschätzungen und Erfahrungen von Bürgermeister*innen in Deutschland. URL: https://www.stark-im-amt.de/fileadmin/user_upload/Nachrichten/Umfrage_Hass_und_Gewalt_gegen_Kommunalpolitiker.pdf (18.08.2021)

² Vgl. Kießling, T. / Tillack, A. (2019): Politikerinnen besonders oft Ziel von Hass. URL: <https://www.tagesschau.de/investigativ/report-muenchen/hass-politikerinnen-101.html> (02.09.2021).

³ Ebtsch, Sabrina/Kruse, Berit/Rietzschel, Antonie/Schories, Martina: Dictionary for Hate Detection, 2021. Unveröffentlichtes Material, SZ-Recherchen, vgl. <https://www.sueddeutsche.de/politik/datenrecherche-hass-methodik-1.5284087> (abgerufen am 26.05.2021)



Hate Aid

HateAid gGmbH

Die gemeinnützige Organisation HateAid gGmbH wurde 2018 gegründet und hat ihren Hauptsitz in Berlin. HateAid bietet Unterstützung für Betroffene von digitaler Gewalt an: Prozesskostenfinanzierung, emotional stabilisierende Erst-, Sicherheits-, und Kommunikationsberatung. Gründungsführerin ist Anna-Lena von Hodenberg.

Für weitere Informationen über HateAid gGmbH besuchen Sie unsere Website: <https://hateaid.org/>

Pressekontakt: presse@hateaid.org
Tel. 030 / 252 088 37

Analysewerkzeug gefördert durch die Teilnehmenden der Deutschen Postcode Lotterie.

